

Mittwoch (Abend), 4. September 2019 / Mercredi soir, 4 septembre 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

38 2019.RRGR.133 Motion 113-2019 Lanz (Thun, SVP)
Aufspaltung der BKW prüfen

38 2019.RRGR.133 Motion 113-2019 Lanz (Thoune, UDC)
Et si l'on scindait BKW en deux ?

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 38. Es war übrigens eine absolute Premiere. Ich bin gegen sämtliche Standesinitiativen, nur damit Sie dies wissen. Deshalb musste ich etwas länger überlegen.

Wir kommen zum Traktandum 38, «Aufspaltung der BKW prüfen», eine Motion von Grossrat Lanz. Dort ist Annahme durch die Regierung empfohlen. Ist das bestritten? – Das ist bestritten, wir kommen damit zur Behandlung der Motion. Ich darf dem Motionär, Raphael Lanz, das Wort geben.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Ich darf vielleicht vorausschicken, dass ich persönlich die BKW als ein gut geführtes Unternehmen erachte und dass ich die Leistungen, die dort erbracht werden, ausdrücklich anerkennen möchte. Sie wissen, das spiegelt sich auch im Aktienkurs wieder, und die BKW ist sehr positiv auch für den Finanzhaushalt des Kantons Bern. Mir geht es also nicht darum, hier die BKW möglichst irgendwie in ein schlechtes Licht zu führen.

Ausgangslage für mich war aber das Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der BKW AG (BKW-Gesetz, BKWG). Dort beschlossen wir – auch mit meiner Unterstützung –, dass der Kanton Bern Mehrheitseigentümer der Aktien der BKW bleiben soll. Für mich persönlich war ausschlaggebend, dass die BKW Eigentümerin von versorgungsnotwendiger Infrastruktur ist, von der ich glaube, dass diese von der öffentlichen Hand beherrscht werden sollte. Nun wissen wir aber, dass die BKW durchaus auch im Dienstleistungsgeschäft erfolgreich tätig ist, und dieses Geschäft wird zunehmend auch ausgedehnt. Sie kennen alle die Übernahmen im Inland und im Ausland, welche die BKW tätigt. Ich denke, man kann das ordnungspolitisch schon so sehen, dass man sagt: Für das Dienstleistungsgeschäft braucht es eigentlich gar keine staatliche Beteiligung, das ist nicht notwendig, und man kann das ordnungspolitisch durchaus kritisieren. Das wird auch kritisiert, und die BKW selber ist häufig noch etwas im politischen Fokus. Gerade deshalb, weil der Kanton eine Beteiligung hat und weil er eine Mehrheitsbeteiligung hat. Deshalb kommt natürlich die Idee, ob man die BKW nicht aufspalten könnte, zum Beispiel eben in einen Teil, der versorgungsnotwendig ist – Stromproduktion, Stromhandel – und in einen Teil Dienstleistungsgeschäft. Ich habe hierzu verschiedene Gespräche geführt, unter anderem auch mit den Präsidenten der BKW. Ich bin mir durchaus bewusst, dass eine solche Aufspaltung nicht einfach trivial wäre.

Wenn wir jeweils über die BKW diskutieren, geht das häufig zurück auf solche Einzelfälle, vielleicht auf das Entlohnungssystem, darüber sprechen wir ja noch, oder auf die Tarife, von denen man das Gefühl hat, diese seien nicht ganz so, wie sie sein sollten. Dann gibt es hier Vorstösse. Manchmal führen wir auch Strukturdiskussionen anhand solcher Einzelfälle. Ich glaube, dass wenn wir diese Diskussion führen wollten, wir dies fundiert machen und uns als Grosse Rat aufzeigen lassen sollten, ob die Aufspaltung – so wie sie diskutiert wird und diskutiert werden kann – überhaupt ein realistischer Weg sein könnte.

Deshalb verlangen wir in unserer Motion einen Bericht, der dies fundiert prüft, der uns dann ermöglichen sollte, auch eine fundierte Diskussion über die Zukunft der BKW zu führen.

Ich darf vielleicht noch persönlich sagen: Ich bin persönlich durchaus ergebnisoffen. Wenn es sich erweisen sollte, dass eine solche Aufspaltung nicht im langfristigen Interesse des Kantons Bern wäre oder dass diese nicht durchführbar ist, bin ich der Auffassung, wir sollten dies nicht machen. Ich glaube aber, diese Frage sollten wir für eine gute Diskussion fundiert prüfen lassen. Deshalb bin ich dankbar, dass der Regierungsrat einen solchen Bericht erstellen möchte und auch ausgeführt

hat, er würde dann auch Alternativen aufzeigen. Ein solcher Bericht wird uns dann ermöglichen, eine fundierte politische Diskussion zu führen. Ich bitte Sie bei dieser Ausgangslage, dieser Motion zuzustimmen.

Präsident. Einen kurzen Moment bitte! Ich gebe Markus Aebi als Mitmotionär das Wort.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Auch ich attestiere der BKW eine gute Geschäftsführung, und es ist nicht nur der Lohn von Frau Thoma, oder *nicht nur* der Lohn von Frau Thoma, der mich dazu bewegte, diese Motion mitzuunterschreiben. Es ist vor allem die Aussage von Frau CEO Thoma, dass das Unternehmen kein staatliches Unternehmen sei und dass sie energiepolitisch die Ziele des Kantons nicht als vordergründig anschaut, sondern einzig und allein dem Interesse des Aktionärs, beziehungsweise den monetären Interessen des Aktionärs verpflichtet sei. Es stört mich auch, dass die Regierung den Verwaltungsrat in dieser Aussage nicht zurückgepfiffen hat. Denn ich bin der Meinung, dass unsere Regierung dort eine gewisse Aufsichtspflicht hat.

Die Energieversorgung ist ein Wirtschaftsbereich, der für das Funktionieren und für die Entwicklung unserer Gesellschaft eine elementare Bedeutung hat. Deshalb denke ich, ist auch der Grossteil von uns der Meinung, dass man das nicht aus staatlicher Hand geben sollte. Die BKW hat allerdings in den letzten Jahren eine relativ aggressive Akquisitionspolitik im In- und Ausland betrieben. (*Unruhe. Der Redner hält kurz inne. / Agitation dans la salle. L'orateur marque une pause.*) Dazu muss ich sagen: Man griff dort zum Teil auch zu unkonventionellen Mitteln. Man rüttelte an gewissen Bäumen, bis der Apfel herunterfiel. Und dies kam in privatwirtschaftlichen Kreisen zum Teil schräg an. Auch die Aggressivität von BKW-nahen Betrieben bei Ausschreibungen und Vergaben stiess nicht unbedingt an allen Orten auf Gegenliebe. Die Strategie, die die BKW fährt, beinhaltet auch Risiken. Wir haben erlebt, dass der Bausektor in den letzten fünf bis zehn Jahren massiv expandierte und dass es gut lief. Die Konjunktur flaut zurzeit ab und es kann durchaus sein, dass man dort auch Kurskorrekturen machen muss. Im Weiteren ist die Integration von zugekauften Firmen in den Konzern nicht ganz so einfach, wie man sich das manchmal vorstellt.

Als liberal denkender Mensch habe ich Mühe mit der Art und Weise, wie staatlich dominierte Firmen in den Markt eingreifen. In dieser Diskussion spült sich eine grosse Frage an die Oberfläche, von der ich finde, dass sie extrem wichtig ist: Vernachlässigt die BKW mit der Akquisitionspolitik die Investitionen in den eigenen Grundbereichen Stromversorgung und -produktion und Netze?

Ich bin im Weiteren der Meinung, dass man durchaus auch politisch darüber diskutieren kann. Ich sehe, dass es blinkt. In dem Sinn glaube ich, ist es angesichts der Komplexität dieser Frage wichtig, dass wir einen Bericht haben und eine Grundlage, über die man diskutieren kann, ob es Sinn macht oder nicht, eine allfällige Aufspaltung anzuführen.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erster für die BDP, Bernhard Riem.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Diese hier wird nicht die letzte Diskussion über die bernischen Kraftwerke sein. Wurde früher vor allem über die Kernkraft diskutiert, ist es heute der Umgang mit den neuen Geschäftsfeldern, von Solarenergie bis zur Beteiligungsstrategie.

Die Zeiten ändern sich, die Einmischung der Politik bleibt. Die vorhandene Problematik hätten die Motionäre einfacher lösen können. Und zwar mit dem BKW, das es dem Kanton erlaubt hätte, seine Beteiligung und entsprechend auch sein Risiko zu reduzieren. Es ist tatsächlich nicht nötig, dass der Kanton mit seiner BKW-Aktienmehrheit im nationalen und internationalen Dienstleistungsgeschäft engagiert ist. Aber genau das wollten die Motionäre nicht. Im Wissen darum, dass der Kanton auch bei den versorgungsnotwendigen Infrastrukturen – beim Netz und der Stromverteilung – nicht mitreden muss, weil die Bundesvorschriften vollständig genügen und rund die Hälfte des Kantonsgebiets sowieso schon immer gut mit anderen Firmen ohne staatliche Beteiligung funktioniert hat, mit einigen vielleicht sogar noch besser.

Die BDP wünscht sich seit jeher einen gradlinigeren Kurs der kantonalen Politik im Interesse der BKW und ihrer positiven geschäftlichen Entwicklung. Schlimm wäre, wenn Investoren das Vertrauen verlieren würden oder eingeschränkt würden, weil die Politik sich permanent in die Geschäftstätigkeit einmischt. Das wäre ein ziemliches Eigentor.

Wie es in der Antwort des Regierungsrates heisst, hat die BKW eine grosse Bedeutung als Steuerzahler, als Arbeitgeber für qualifizierte Arbeitsplätze und auch als Dividendenzahler.

Jetzt haben wir die Motion auf dem Tisch. Ein Bericht soll aufzeigen, welche Auswirkungen eine Aufspaltung hätte in einen staatlich beherrschten Teil für Infrastruktur, Stromproduktion und Strom-

handel und in einen privatisierten Teil mit dem Dienstleistungsgeschäft. Für mich stellt sich denn auch die Frage, was sich die Motionäre unter «staatlich beherrscht» genau vorstellen und weshalb zum Beispiel der Stromhandel dort nicht auch dazugehören soll. Der Bericht wird aufzeigen, das kann ich schon jetzt prophezeien, dass eine solche Aufspaltung grösste Schwierigkeiten bringen wird, schon nur in Bezug auf die ganzen Bewertungsfragen.

Die BDP-Fraktion ist bei dieser Motion geteilter Meinung, ein Teil wird zustimmen, ein anderer nicht. Begeistert ist niemand. Mit einem anders ausgestalteten BKWG wären die Ziele für den Kanton einfacher zu erreichen gewesen, und das Potenzial, dass man die BKW mit endlosen Diskussionen schädigt, wäre kleiner gewesen.

Präsident. Bevor ich Martin Aeschlimann das Wort gebe, begrüsse ich rasch eine Gruppe auf der Zuschauertribüne. Es handelt sich um die Bildungskommission Wengi bei Büren mit Lehrpersonen und der Schulhauswartin. Sie haben eine Führung durch das Berner Rathaus gehabt und sind auf Einladung von Fritz Wyss und Barbara Hänni hier. Wir wünschen ihnen einen guten und interessanten Aufenthalt hier bei uns im Rathaus Bern. Danke, dass Sie gekommen sind. Willkommen! (*Applaus / Applaudissements*)

Damit gebe ich für die EVP das Wort an Martin Aeschlimann.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Wieder einmal geht es um die BKW, und dieser Vorstoss überrascht jetzt wahrscheinlich niemanden mehr wirklich in diesem Raum. Die Forderung hängt nämlich schon lange latent in diesem Ratssaal, und sie wird fortlaufend durch die Expansion der BKW in branchenfremde Märkte gespeist.

Ich bin nicht Ökonom und erlaube mir deshalb auch nicht eine seriöse Beurteilung der Unternehmensstrategie des Managements der BKW. Trotzdem haben mir die Argumente für eine Expansion in den Dienstleistungssektor als zusätzliche Abstützung in einem weniger volatilen Markt bis jetzt eigentlich immer eingeleuchtet. Gleichzeitig verstehe ich aber auch die Besorgnis all jener Unternehmungen, die sich durch die neue grosse Konkurrenz mit staatlicher Aktienmehrheit und Monopolbereich bedroht sehen, auch wenn gemäss dem Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz, KG) Quersubventionen zwischen Wettbewerbs- und Monopolbereich verboten sind.

Das eigentliche Problem der Kantonsbeteiligung an der BKW liegt an den beiden Herzen in seiner Brust, einem politischen und einem finanziellen Herzen. Einerseits schreibt die Regierung, dass der Hauptfokus des Kantons als Mehrheitsaktionär auf der Umsetzung der kantonalen Energiestrategie sowie dem Beitrag zur Versorgungssicherheit liegt, wie wir es vorhin auch von Markus Aebi gehört haben. Das ist das politische Interesse. Andererseits verfolgt der Kanton gemäss Artikel 6 BKWG mit seiner Beteiligung eben auch wirtschafts- und finanzpolitische Interessen. Die Regierung befürchtet – wohl nicht zu Unrecht –, dass eine solche Aufspaltung, wie sie durch einen solchen Bericht eben in die Wege geleitet werden könnte, einen massiven Eingriff in die Unternehmensstruktur darstellen könnte, und der finanzielle Zustrom in die Staatskasse abnehmen würde. Man könnte sich aber an dieser Stelle auch fragen, ob der Kanton sich aus wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen auch an anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen beteiligen könnte, um seine wirtschaftliche Situation zu optimieren, die eben weniger zu Interessenkonflikten führen würden.

Eine Aufspaltung könnte diese divergierenden Interessenlagen des Kantons an der BKW klären. Die EVP-Fraktion würde ein solches Szenario begrüssen. Zusätzlich sollte aus unserer Sicht die Analyse aber aufzeigen, welche Rechtsform für den staatlichen Teil – Infrastruktur, Stromproduktion, Stromhandel – geeignet wäre, damit eine effektive Einflussnahme im Sinn der Versorgungssicherheit und der Umsetzung der Energiestrategie in Zukunft möglich wäre, und man sich nicht, wie hinlänglich bekannt, immer wieder mit dem Argument der aktienrechtlichen Grenzen irgendwo im Ungefähren verflüchtigt.

Die EVP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss einstimmig.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion lehnt diese Motion mehrheitlich ab. Was steckt hinter dieser Motion? – Sie verlangt einen Bericht, der die Auswirkungen einer Aufspaltung der BKW in einen staatlichen und in einen privaten Teil aufzeigen soll. Das tönt eigentlich ganz harmlos. Ja, es wäre tatsächlich interessant, mehr über die Auswirkungen einer solchen Aufteilung zu erfahren. Dennoch sind wir skeptisch gegenüber einer solchen Studie. Denn es hängt letztendlich davon ab, wer die Studie macht, welche Fragen gestellt werden, welche Absichten, Interessen und Ziele dahinterstecken.

Die grüne Fraktion vertritt indes dezidiert die Haltung, dass eine staatliche Institution wie die BKW nicht aufgespaltet werden soll. Denn eine solche Teilprivatisierung führte erfahrungsgemäss dazu, dass die Risiken verstaatlicht, die Gewinne aber privatisiert werden. Die BKW ist eine lokale Initiative; das ist unsere Stärke und stärkt unsere Wirtschaft. Staatliche Betriebe gehören uns allen, also dem Gemeinwesen und ja, auch den zukünftigen Generationen. Sie müssen auch dann als öffentliche Institutionen funktionieren, wenn sie ausgelagert sind. Das heisst, sie sind als Dienstleistung – hier als Erbringer von Energie – für die Bevölkerung gedacht und als ein auf Gewinn ausgerichtetes Unternehmen. Deshalb sind die Grünen gegen den Verkauf des staatlichen Betriebs, beziehungsweise gegen dessen Teilprivatisierung.

Dieser Vorstoss hat aber noch ein anderes Ziel: Er schiesst gegen die BKW als wichtiger Akteur im Dienstleistungssektor, sie soll auf dem Markt der Privatwirtschaft Betriebe kaufen. Ein weiterer Grund ist die Tatsache, dass die BKW immer wieder der Kritik vonseiten der Privatwirtschaft ausgesetzt ist, was den Motionär offenbar stört. Doch, wie wir alle wissen, gibt es griffige Gesetze wie zum Beispiel das Kartellgesetz oder das Bundesgesetz über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz, StromVG), die die BKW kontrollieren. Wir können also davon ausgehen, dass die BKW als Player in diesem Geschäftsfeld sauber ist.

Liebe Leute, Chinesen kaufen täglich mehrere KMU in der Schweiz, und die KMU, die jetzt die BKW kritisieren, lassen sich gerne von den Chinesen kaufen. Dies scheint aber offenbar aber niemanden zu stören. Aber eben, es braucht weniger Mut, den Sattel zu schlagen als den Esel.

Bei den Grünen unterstützen einzelne die Motion für einen Bericht, die Mehrheit der Grünen wird die Motion ablehnen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Wir sind bei meinem Lieblingsthema angekommen, ich habe Freude daran. Offenbar wird mit der Zeit doch einiges klarer. 2015 diskutierten wir bereits über einmal über einen gleichen Vorstoss.

Ich erzähle Ihnen ein Geschichtchen eines mittelständischen Betriebs im Solothurnischen, nachhaltiger Ertragswert nach einer Due-Diligence, 3,2 Mio. Franken Marktwert. Die BKW kommt auf den Plan und macht ein Angebot von über 6 Mio. Franken. Das kann man nicht nachhaltig refinanzieren, ausser man hat auf den Kapitalmärkten einen massiven Vorteil. Der Eigentümer hat zum Glück Eier in der Hose und verkauft nicht an die BKW, sondern findet eine interne Lösung und übergibt die Firma für 2,2 Mio. Franken an eine interne Nachfolgelösung. Der Expansionsplan der BKW ging im Espace Mittelland leider in die Hose. Was macht sie nun? – Sie geht auf einen grossen Installationsbetrieb in derselben Region zu, bieten dem Chef 100 000 Stutz Wechselprämie, wenn er zu ihr kommt, und pro Kadermitarbeiter, den er mitbringt, bietet sie ihm 10 000 Stutz an. Die Monteure, die sie mitnehmen – bis jetzt sind es 40 Stücke – erhalten eine Jobgarantie für zwei Jahre und alle erdenklichen Vorzüge, die man haben kann.

Was will ich mit dieser Geschichte erzählen? Jetzt soll mir noch jemand sagen, dass der Staatsbetrieb BKW mit gleich langen Spiessen kämpft wie ein privatwirtschaftlich organisierter Betrieb. Das ist skandalös! Sie refinanziert sich dank der staatlichen Garantie im Rücken zu null am Kapitalmarkt. Kein einziges KMU ist in der Lage, das zu machen. Und jetzt soll mir noch jemand erzählen, dies seien gleich lange Spiesse. Wir müssen nun endlich diesen Laden auseinandernehmen, und zwar in einen staatlichen Teil, in welchen die Netze hineingehören, die den Grundversorgungsauftrag sicherstellen, und alles was das Casinogeld ist, um den Börsenpreis der BKW in die Höhe zu treiben, muss man privatrechtlich zu 100 Prozent in den freien Markt hinaus tun, damit sie wieder mit den gleichen Netzen spielen sollen.

Ich bin sehr dankbar, kommt der Vorstoss nun vonseiten der SVP, wo er hoffentlich nun gute Chancen hat. Zwingend muss in den Bericht endlich eine Transparenz in Bezug auf die Monopolrente: Nämlich klarstellen, was aus dem staatlich garantierten Teil Netze herauskommt. Das ist nämlich genau jenes Geld, das sie zur Verfügung hat, um Firmen zu überbeuerten Preisen zu kaufen.

Ich bitte Sie *inständig*, um diesem Affentheater endlich einmal den Riegel vorzuschieben: Überweisen Sie diese Motion ganz, ganz, ganz deutlich, damit wir vernünftige Entscheidungsgrundlagen haben, um dort wieder einen Stromversorger im Kanton Bern zu haben, der für die Bevölkerung da ist und nicht im primären Hintergrund eine Maximierung des Reingewinns und des Honorars der Direktorin im Sinn hat.

Präsident. Einfach die Ausdrucksweise vielleicht noch etwas überarbeiten, Herr Trüssel. Als nächster für die SVP: Lars Guggisberg.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (SVP). Ja, wir hätten vor ein paar Jahren die Möglichkeit gehabt, diesem Theater – ich sage dem nur Theater – einen Riegel vorzuschieben, indem wir eben die Aktienmehrheit des Kantons verkauft hätten. Damit hätten wir hier auch diverse Vorstösse verhindern können, auch diesen hier hätten wir bleiben lassen können. Eigentlich liegt das Problem darin, dass wir, die Mehrheit, damals nicht den Mut hatten, den Schritt zu machen, den es gebraucht hätte.

Sie werden nicht überrascht sein, dass die SVP-Fraktion diesen Vorstoss einstimmig unterstützt. Ich bin etwas überrascht, dass vor allem Grossrat Sancar jetzt hier schon inhaltlich eingehend ins Detail gegangen ist. Es ist ein Prüfauftrag, insofern ist es hier eigentlich ein Postulat. Es geht darum, dass man einen Bericht vorlegt und hier darlegt, wie die Auswirkungen einer Spaltung sind. Es ist klar, wir haben in diesem Rat dermassen oft besprochen, wo das Problem liegt, und es ist in der Tat notwendig, dass man jetzt beim staatlich beherrschten Teil und beim privaten Teil mindestens einmal schaut, was notwendig wäre und welches vor allem auch die Vor- und Nachteile wären. Das ist auch wichtig. Eine der grössten Hürden wird natürlich auch sein, was es braucht, um diesen Entscheid überhaupt fällen zu können. Denn: Diesen Entscheid kann nicht der Grosse Rat fällen, auch nicht der Regierungsrat. Diesen Entscheid kann einzig die Generalversammlung – die Aktionärinnen und Aktionäre der BKW – fällen. Es ist sicher einmal zu prüfen, wie viel der Aktionäre darüber abstimmen müssen und welches Quorum es dafür braucht.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Die FDP unterstützt die Motion einstimmig. Wir haben aber auch festgestellt, dass die Antwort der Regierung nicht gerade darauf schliessen lässt, dass sie in absehbarer Zeit etwas ändern wollte. Wir wären höchst überrascht, wenn der Bericht allenfalls etwas anderes aussagen sollte. Wir warten ab, was daher kommen wird, und ich bin der festen Überzeugung, dass die Diskussion weitergehen wird.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Luc Mentha.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Ich gebe Ihnen gern die Haltung meiner Fraktion bekannt. Die BKW richtete sich 2010 strategisch neu aus. Sie war schon immer erfolgreich unterwegs, ist aber seit der neuen Strategie – auch im Quervergleich zur Konkurrenz, der es schlechter geht – im Energiebereich immer noch sehr erfolgreich unterwegs. Davon profitiert der Kanton Bern. Die seit 2010 neue Strategie berücksichtigt verschiedene Veränderungen im Energiemarkt, insbesondere eine Veränderung bei der Stromproduktion. Der Strom wird nicht nur, wie früher, in grossen Kraftwerken gewonnen, sondern zunehmend dezentral über Photovoltaikanlagen auf den Häusern und durch andere Massnahmen, die dezentral erfolgen. In dem Sinn ist ein Haus, anders als noch vor zwanzig oder dreissig Jahren, nicht einfach nur ein Strombezüger, sondern ein Haus ist zunehmend ein Stromproduzent, und das ist immer mehr der Fall. Dieser Trend ist auch, und nicht zuletzt, technologisch getrieben.

Damit werden integrierte Dienstleistungen im Bereich der Gebäudetechnik, im Bereich der Smart Grids wichtiger. Die zunehmende dezentrale Stromproduktion wirkt sich aber auch auf die Ausgestaltung der Verteilnetze aus, auf die Ausgestaltung ihrer Funktionalität. Aus diesem Grund ist es aus unternehmerischer Sicht richtig, dass sich die BKW auch im Bereich der Gebäudetechnik bei den Gebäuden – vielleicht nicht in allen Bereichen, in denen sich die BKW bewegt, aber in diesem –, aktiv betätigt und dass sie ein integriertes Geschäftsmodell fährt: Stromproduktion, Netze und Dienstleistung, insbesondere im Gebäudetechnikbereich. Stromproduktion ist eben nicht nur im Geschäftsfeld Stromproduktion, sondern zunehmend auch im Geschäftsfeld Gebäudetechnik und Dienstleistungen.

Wir von der SP unterstützen diese Strategie. Die BKW ist erfolgreich unterwegs, sie leistet einen Beitrag zur Energiewende. Nicht immer jenen, den wir uns als Partei wünschen würden, aber sie leistet einen gehörigen Beitrag dazu. Deshalb sind wir grundsätzlich skeptisch gegenüber einer Motion, die das erfolgreiche Geschäftsmodell mit einer Aufspaltung des Unternehmens gefährden will oder gefährden könnte.

Ein Teil der Fraktion – und dazu gehöre ich – meint, eine umfassende und fundierte Auslegeordnung könnte die Diskussion um das Politikum versachlichen. Eine knappe Mehrheit ist allerdings der Meinung, dass man hier nicht zustimmen kann, weil man befürchtet, dass nach Vorliegen des Berichts sofort und dann vorbehaltlos die Aufspaltung der BKW verbindlich gefordert werden wird. Der Motionär Lanz hat hier klar erklärt, dass es ihm um eine ergebnisoffene Auslegeordnung geht – das habe ich gehört – und dass hier keine Hidden Agenda besteht. Beim Mitmotionär Aebi bin ich mir nicht so im Klaren, wo er persönlich genau steht. Aber eventuell wird es zusätzliche Stimmen

geben, aufgrund der Erklärung des Motionärs Lanz, wonach er eine ergebnisoffene Abklärung wünscht und damit nicht präjudiziert sieht, dass man hier die Aufspaltung machen muss.

In dem Sinn: Bei der Vorberatung des Geschäfts, die bei uns ausführlich und eingehend war, hat sich eine ganz knappe Mehrheit gegen die Motion ausgesprochen. Ich persönlich bin für die Annahme der Motion.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. Als erster Daniel Klauser von den Grünen.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Ich erlaube mir hier als Einzelsprecher noch ein paar Worte zu sagen, weil ich, im Gegensatz zur Mehrheit meiner Fraktion, der Meinung bin, dass man diesen Vorstoss unbedingt annehmen sollte.

Der aktuelle Zustand der BKW mit den verschiedenen Geschäftsfeldern und wie sie vor allem miteinander interagieren, ist aus meiner Sicht so längerfristig nicht haltbar. Es ist schon verschiedentlich erwähnt worden: Die Konkurrenzierung von privaten Firmen und dass die BKW, als sich mehrheitlich in staatlichem Besitz befindende Firma, sich in Geschäftsfeldern bewegt, wo aus meiner Sicht eine sich mehrheitlich in staatlichem Besitz befindende Firma definitiv nichts zu suchen hat. Was aus meiner Sicht aber noch deutlich gravierender und schwieriger ist die Konstellation, dass wir einen Teil haben mit den Netzen, wo man ein staatliches Monopol hat, und dass man aus diese Monopolstellung heraus eben Vorteile zieht für die anderen Teile, die auch Teil der BKW sind. In dem Sinn – es ist im Bericht eine Auslegeordnung, eine Prüfung verlangt – würde ich doch bitten, wenn man die Auslegeordnung und Prüfung macht, dass man insbesondere auch eine Variante sehr genau anschaut, wo eben der Teil Netze, der sich klar von den anderen unterscheidet, weil man eben dort ein natürlich staatlich garantiertes Monopol hat, abspaltet und den ganzen Rest in einen zweiten Teil gibt. Das wäre aus meiner Sicht die deutlich logischere Aufteilung als jene, die hier im Vorstoss vorgeschlagen wird. In dem Sinn, wenn es wirklich um eine Auslegeordnung und um eine vorbehaltslose Prüfung geht: Bitte diese Variante auch anschauen!

Ich möchte hier noch kurz an das anknüpfen, was mein Vorredner, Luc Mentha, gesagt hat in Bezug auf das integrierte Unternehmen und dass es mit Smart Grid zu all den Dienstleistungen wichtig ist, dass alles aus einer Hand kommt: Für mich ist es gerade ein zentrales Argument, weshalb es wichtig ist, dass das Netz in einer separaten Gesellschaft ist. Denn das Netz hat in der ganzen dezentralen Energiewelt von morgen eine ganz besondere Stellung, nämlich, weil es als neutrale Stelle alle die Dienstleistungen, die dort darauf aufbauen, neutral garantieren kann, damit all die Player, die dort drin sind, auf einem fairen Feld miteinander konkurrenzieren können. Wenn der Netzanbieter, der Netzbetreiber gleichzeitig auch noch Spieler auf dem Feld ist, haben wir eben genau wieder jene Konkurrenzsituation, die – so glaube ich – für viele hier drin die Motivation ist, dieser Motion zuzustimmen. Ich danke Ihnen, wenn Sie der Motion zustimmen. Besten Dank.

Adrian Haas, Bern (FDP). Es gibt hier drin wohl zwei Lager, auch bei den Befürwortern einer solchen Motion und eines Berichts. Die einen erwarten, dass man Munition für die Aufspaltung erhält, und die anderen erwarten, dass man Munition für *keine* Aufspaltung erhält.

Ich möchte Ihnen nur kurz sagen: Erwarten Sie nicht allzu viel von diesem Bericht, weil die Hürden für eine Aufspaltung relativ gross sind. Es braucht nämlich nach dem Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG) eine Mehrheit von etwa 90 Prozent an einer Generalversammlung (GV), weil sie Minderheitsaktionäre entschädigen müssen, weil die ganze Firma nachher anders aussieht; allenfalls erhalten sie Aktien oder sie erhalten Geld. Das braucht jedoch ein relativ hohes qualifiziertes Mehr, und deshalb würde ich einfach sagen: Seien Sie nicht allzu euphorisch. auch der liebe Kollege Trüssel, der da bereits hoch fliegt: Vielleicht müssen Sie dann noch etwas auf den Boden zurückkommen, wenn der Bericht kommt. Wir schauen jetzt aber einmal, was uns der Regierungsrat liefern wird. Vielen Dank. Ich stimme zu, dass man einen Bericht erstellt.

Präsident. Ich habe keine Sprecherinnen und Sprecher mehr auf der Liste und gebe das Wort Regierungsrat Neuhaus.

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Was hat das Anliegen des Motionärs Raphael Lanz ökonomisch, politisch, pekuniär, juristisch et cetera für Konsequenzen? Diese Fragen will auch der Regierungsrat klären lassen. Er will einen fundierten Bericht als Auslegeordnung erstellen lassen, und deshalb nimmt er diese Motion an, Sie hoffentlich auch.

Präsident. Ich gebe das Wort noch einmal dem Motionär, Raphael Lanz.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Ich danke für die gute Diskussion. Ich möchte vielleicht nur zwei, drei Dinge sagen. Wie ich schon gesagt habe: Persönlich glaube ich nicht, dass die Lösung wäre, dass man im BKWG die Mehrheit abgibt, weil ich tatsächlich der Auffassung bin, dass eine staatliche Beherrschung, jedenfalls von gewissen Teilen, bei der BKW, richtig ist. Es sind nun auch Befürchtungen geäußert worden. Ich glaube, Haşim Sancar hat gesagt, das Risiko werde dem Staat übertragen und so weiter. Dazu sage ich einfach: Der Bericht liegt noch nicht vor. Es liegt noch keine Idee vor, wie man dann vorgehen würde, ob das überhaupt möglich ist, und wenn ja, wie man dann was aufteilen würde. Deshalb wäre ich jetzt im Moment noch zu vorsichtig, um einfach zu sagen, das Risiko sei dort oder dort. Ich sage das auch zu Adrian Haas: Ich habe gesagt, ich bin nicht naiv und glaube auch, dass es komplex ist. Aber ich glaube eben, gerade weil wir immer wieder diese Diskussionen geführt haben und weil auch eine gewisse Emotionalität drin ist, die man bei Daniel Trüssel bemerkt hat. Gerade weil es so ist, ist es wertvoll, wenn wir unsere Diskussionen aufgrund eines fundierten Berichts führen können. Vielleicht, vielleicht können wir sie sogar so führen, dass diese Diskussionen ein Ergebnis bringen, mit dem wir nachher zumindest mittelfristig leben können, und nicht immer wieder dasselbe kommt. Wie gesagt, es braucht fundierte Grundlagen, und ich danke Ihnen, wenn Sie mithelfen, dass man diese schaffen kann.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung von Traktandum 38. Wer die Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.133)

Vote (Affaire 2019.RRGR.133)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 119

Nein / Non 23

Enthalten / Abstentions 6

Präsident. Sie haben diese Motion angenommen, mit 119 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.